St. Peters Bote

Herausgegeben von den Benediktinern der St. Peters-Abtei zu Münster-Saskatchewan, Canada.

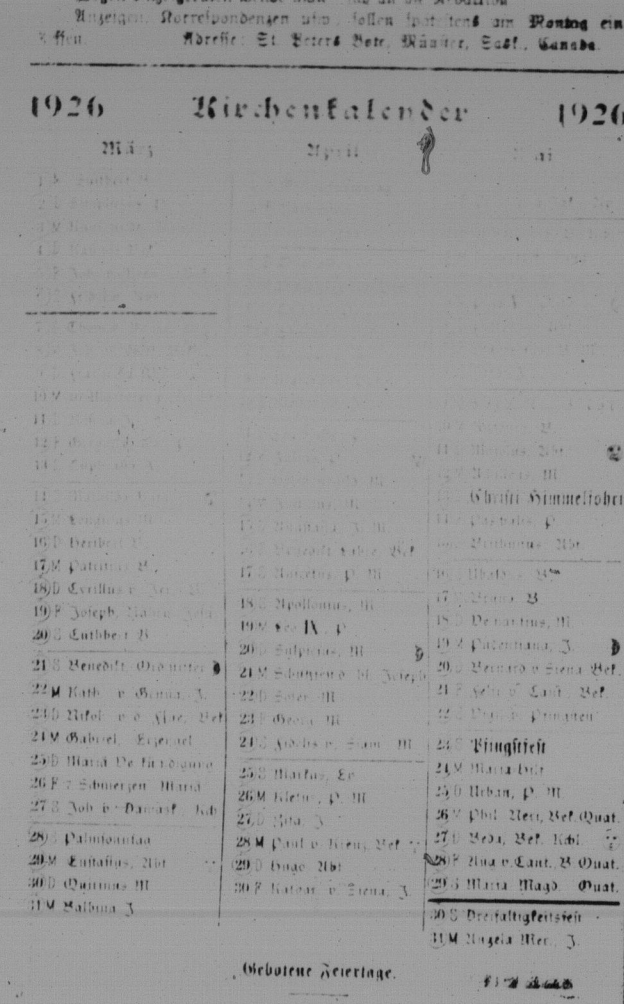
Preis für Canada $2.00 das Jahr; für die Ver. Staaten und das Ausland $2.50. Das Abonnement ist vorauszubezahlen.

Wegen Inseraten wende man sich an die Redaktion.

Anzeigen, Korrespondenzen usw. sollen spätestens am Montag eintreffen. Adresse: St. Peters Bote, Münster, Sask., Canada.

1926 Kirchenkalender 1926

März — April — Mai



Gebotene Feiertage.

Fest der Beschneidung des Herrn, Neujahr, Freitag 1. Januar.
Fest der Hl. Drei Könige, Mittwoch 6. Januar.
Fest der Himmelfahrt Christi, Donnerstag 13. Mai.
Fest Allerheiligen, Montag 1. November.
Fest der Unbefl. Empfängnis Maria, Mittwoch 8. Dezember.
Weihnachtsfest, Samstag 25. Dezember.

Gebotene Fasttage.

Aschermittwoch: 24. 26. 27. Februar.
26. 28. 29. Mai.
15. 17. 18. September.
15. 17. 18. Dezember.
Fastenzeit Tagen: 17. Februar bis 3. April.
Vigil von Pfingsten, 22. Mai.
Vigil von Mariä Himmelfahrt, 14. August.
Vigil von Weihnachten, 24. Dezember.

Welt-Rundschau.

(Fortsetzung von Seite 1.)

[illegible] sie ihre Truppen in die Nähe von Peking zurückziehen. Die Hauptstadt nur eine bewaffnete Zone zu nennen. Es scheint jedoch zu keinem Einverständnis gekommen zu sein. Denn am 1. April begann 160 Meilen von Peking ein heftiges Gefecht statt und am 3. April warfen Flieger der Armee Chiangs Bomben auf die Stadt. Wie schon früher gemeldet, hat General Feng vor längerer Zeit Peking verlassen und ist nach der Mongolei geflüchtet. Nach dem Falle der Regierung von Peking wird jedoch der Bürgerkrieg kaum zu Ende sein. Denn die jetzt verbündeten Generäle, Chang, Wu und Li werden natürlich in die Sache geraten.

Mussolini nahm die Gelegenheit des siebenten Gedenktages der Faszistenpartei wahr, um in einer langen Rede seinen Getreuen und der Welt zu verkünden, welch große Dinge sie in dieser Zeit vollbracht haben. Ungefähr vierzig tausend Faszisten lauschten an einem freien Platz außerhalb Roms seinen Worten. Durch Funkspruch konnte ganz Europa sie vernehmen. In seiner Demut forderte er die Völker auf, seinem Beispiele zu folgen, indem sie den redseligen Parlamentarismus abschaffen, dafür aber der Vollzugsgewalt mehr Macht einräumen; desgleichen müßten Kapital und Arbeit auf die gleiche Stufe gestellt werden. So ganz und gar Unrecht hat Mussolini mit diesem Rate nicht. Der Parlamentarismus erweist sich in allen Ländern immer mehr und mehr als unfruchtbar, das Volk, das er vertreten soll, wird dessen überall müde. Wäre es nicht für das, so hätte der Diktator sich nicht so lange halten können. Die zweite Idee ist sogar ausgezeichnet, wenn sie richtig verstanden wird. Noch ist es nicht klar, wie Mussolini das versteht, die Sache ist in seinem Staate erst in der Entwicklung begriffen. Und gesetzt den Fall, er habe selbst die richtige Idee, so ist damit noch nicht gesagt, daß er sie auch durchführen kann. Denn am Kapital und an der Arbeit hat er zwei störrische Elemente, in denen sich schon große Männer die Zähne abgebissen haben. — Während Mussolini die wunderbaren Errungenschaften aufzählte, stellte er auch eine Behauptung auf, die er gewiß selbst nicht glaubt. Er sagte nämlich, daß er und seine Anhänger ganz gleichgültig seien gegen alles, was im Auslande gesagt und gedruckt werde. In diesem Punkte ist er sogar sehr empfindlich, wie sein kürzliches Bemühen gegen Deutschland und Österreich und die im Auslande lebenden italienischen Schriftsteller beweist. Um gegen eine feindliche öffentliche Meinung gleichgültig sein zu können, muß ein Mann eben zwei Dinge besitzen: erstens ein gutes Gewissen und zweitens wahre Geistesgröße; zur letzteren gehört ein gutes Stück Demut oder Bescheidenheit.

* *

Wie in der hohen internationalen Politik, so geht es fast überall in den einzelnen Ländern im kleinen. Nichts als Parteizänkereien, nirgendwo Beständigkeit. Ob eine Regierung bloß das Interesse der Partei sucht, aus der sie hervorgegangen ist, oder das Wohl des Vaterlandes, die entgegengesetzten Parteien trachten vom ersten Tage ihrer Existenz, sie zu stürzen oder ihr wenigstens alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg zu legen. An diesem Übel leidet seit langer Zeit besonders auch Frankreich, so daß viele Stimmen laut werden, die nach einem starken Manne rufen, der, gleich Mussolini, dem verrotteten Parlamentarismus schachmatt setzen soll. — Auf wie schwachen Füßen das Kabinett Briand abermals steht, zeigte eine Abstimmung in der Kammer am 29. März, wobei der Premier mit drei Stimmen unterlag. Es handelte sich um eine verhältnismäßige finanzielle Kleinigkeit, weshalb er es nicht als ein Mißtrauensvotum ansah und im Amte blieb. Am 1. April machte er diese Scharte wieder wett, indem es ihm gelang, den französischen Konsulat endlich einmal ins Gleichgewicht zu bringen. Die Kammer bewilligte ausreichende Geldmittel, um den Fehlbetrag im Budget zu befriedigen und einen kleinen Überschuß zu erzielen. Doch sogar diese Abstimmung enthält eine versteckte Drohung. Briand gewann mit 236 Stimmen gegen 159, also mit einer Mehrheit von 77 Stimmen. Dabei enthielten sich jedoch 190 Abgeordnete der Abstimmung. Diese waren sicherlich nicht für Briand oder dieser kritischen Zeit mangelte ihnen sein finanzielles Programm, aber nicht der Mut, offen die Verantwortung für das drohende finanzielle Chaos auf sich zu nehmen. — In einer kürzlichen Wahl in Paris wurden zwei Kommunisten gewählt, was Anlaß zu ernstlichen Unruhen gab und nebst zahlreichen Verletzungen den Tod eines Demonstranten verursachte. Die Demonstration, die vor allem aus faszistischen Elementen zusammengesetzt war, richtete sich sowohl gegen die Kommunisten als gegen das Kabinett Briand. Es gelang schließlich der Polizei, die Unruhestifter zu zerstreuen.

Zu den „Lehren und Weisungen der österreichischen Bischöfe über soziale Fragen der Gegenwart.

(Fortsetzung von Seite 1.)

das schwerste bedroht, „die wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen" erliegen, „die menschliche Gesellschaft scheint auf dem Rückschritte zur barbarischen Verwilderung begriffen." Damit hat der Episkopat in den Worten Pius' XI. das, was uns heute die soziale Frage ist, umschrieben, definiert. Hat man immer schon in der Kirche im Rahmen der sozialen Frage hinter dem Verhältnis von Kapital und Arbeit, hinter der rein materiellen Frage die geistige gesehen, die kulturelle, so hat doch erst der Weltkrieg geoffenbart, daß die soziale Frage heute weit hinaus über die des Verhältnisses von Kapital und Arbeit fast unmittelbar zur Frage nach der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung selbst geworden ist. Die in einem Hirtenschreiben fast nie gehörte Sprache und Form bringen deutlich diese mit offenem Blick und wahrhaft priesterlichem Verantwortungsbewußtsein gesehene Vertiefung und Verschärfung der Frage zum Ausdruck: **die christliche Kultur steht in Frage.**

(Fortsetzung folgt.)

Der Kampf um die Fürstenabfindung in Deutschland.

Von Dr. Joseph Eberle.
„Schönere Zukunft"

In Deutschland sind seit Wochen die Gemüter wegen der Fürstenabfindung in Erregung. Die Stellungnahme zur Frage zeigt alle möglichen Variationen von einem Extrem bis zum anderen. Während die Kommunisten und Sozialisten entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser fordern, verlangen die Konservativen (Deutschnationalen) eine rein juristische Behandlung der Angelegenheit unter Betonung der absoluten Heiligkeit des Eigentums. Ein absolut unantastbares Eigentum gibt es nun allerdings nicht. Das Recht ist nicht loszulösen von den Gesamtinteressen des Volkes, von der Gesamtswirtschaftslage eines Landes; das Recht des Eigentums ist auch abhängig von der Art des Erwerbs, von der Frage, ob es auf privatwirtschaftlichem Wege erworben wurde oder lediglich dank der Souveränitätsstellung in einem Staate; ob es auf Grund von Familienverträgen erlangt wurde oder durch Annexion im Krieg. Wenn die Herrschaft Oels in Preußisch-Schlesien erworben wurde einfach nur auf Grund von Annexion durch Friedrich II. im Siebenjährigen Krieg, wenn der Herzog von Koburg-Gotha die großen Schmalkaldischen Forste erhielt lediglich als Dank für seine politische Haltung im Krieg von 1866, so sind gegen das Pochen auf solches Eigentum allerlei Einwendungen möglich. Ebenso wie Einwendungen möglich sind gegen die Ansprüche der Mitbesitzer Mathenau und Bubna-Litic des verstorbenen Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz, wie gegen die Aufwertungsforderungen von Verwandten deutscher Fürstenhäuser, die im Weltkrieg gegen Deutschland gekämpft haben. Eine Fürstenfamilie, die wie die Hohenzollern noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts allerlei Länder dem jeweiligen Fürsten einzuverleiben, konfiszieren half, einen Bismarck bei Peschlagnahme von 48 Millionen Mark Welfenvermögen nicht über juristische Zeitmaßen stolpern ließen, hat auch nicht Anspruch auf dieselbe Rücksichten wie andere Fürstenfamilien, die sich von derlei Operationen fern hielten.

Immerhin ist zu großer sinnfälliger Strenge nicht angebracht. Jedenfalls soll Fürstenbesitz nicht schlechter behandelt werden als anderer Besitz. Wie viele Rechtstitel von Bauern, Händlern und Industriellenbesitzungen würden am Ende brüchig, wenn man sie durch Jahrzehnte, Jahrhunderte hindurch verfolgte! Könnte schließlich nicht alles, was von kapitalistischer Bourgeoisie im Zeichen spezifisch kapitalistischer Wirtschaftsmethoden erworben wurde, als enteignungswürdig angesehen werden? Würden nicht zu guter Letzt auch Abgeordnetendiäten, weil nicht verdient, fragwürdig?

Man mag, so wie es die Mehrheit des deutschen Volkes wünscht, die Abfertigung der Fürsten auf die Ueberlassung des Privatvermögens — im Gegensatz zum von der Fürstenfamilie unabhängigen Kron- und Staatsvermögen — beschränken, schuldet aber hinsichtlich der Behandlung des Privatvermögens, der Familienfideikommisse, höchste Noblesse.

Der sozialistisch kommunistische Standpunkt ist ganz unhaltbar. Eine schlechthinige oder weitestgehende Beraubung der Fürsten wäre eine Schändung der ganzen Geschichte und des ganzen Volkes. Wer die Fürsten, mit dem seit Jahrhunderten die guten und bösen Schicksale der Heimat verknüpft sind, die für viele Generationen von Vorfahren die mit Pietät verehrte Autorität waren, schändet, schändet seine Vorfahren. Die Berufung des sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Löbe auf das Habsburg expropriierende Beispiel Oesterreichs, das vorbildlich sei, ist eine Berufung, die jedem echten Oesterreicher die Scham ins Gesicht treibt, weil sie ihm eine der schändlichsten, allerdings vom Marxismus erzwungenen Aktionen des Landes ins Gedächtnis ruft. Die tiefste Demütigung der ehrwürdigsten Dynastie Europas mag der Freimaurerei und den Bolschewikentum zusagen: der Österreicher, vor dem Persönlichkeiten wie Kaiser Karl und Kaiserin Zita als sittliche Ideale, als „Persönlichkeiten von biblischem Format" ragen, empfindet die Beraubung seiner Dynastie als Beraubung der gesamten Heimat.

Die Revolutionsideologie hebt heute vor allem die Schattenseiten des Fürstenregimes hervor. Aber selbst wenn die Schatten überwiegen würden, so wären die Fürsten doch aus dem Volksganzen nicht loszulösen, so wäre doch zu sagen, daß der Charakter der Fürsten mitbestimmt war vom Charater des Volkes nach dem Grundsatz, daß schließlich jedes Volk die Fürsten hat, die es verdient.

Wenn wir die gegen den Bestand des alten deutschen Reiches gerichtete Politik eines Friedrich II. für verhängnisvoll halten; für nicht minder verhängnisvoll die Art der sogenannten Lösung der deutschen Frage im 19. Jahrhundert durch die Hohenzollern: können sich diese nicht auf die seinerzeitige Approbation breiteter Volksschichten, namentlich auch der Inteligenzkreise berufen? Es geht nicht an, zu gewissen Zeiten die Fürsten als für die Wüste bestimmte schuldige Böcke anzusehen und die Byzantiner, die servilen Professoren, die zustimmenden Kirchenleute, die spaierstehenden und hochrufende Volksmasse ihrer Zeit für weniger schuldig zu betrachten.

Ein gewisser Verderb der richtigen Fürstenidee kommt mit der Renaissance und Reformation, kommt aus der Wiedergeburt von Gedanken des heidnisch römischen Rechtes, kommt aus der Verbindung des kirchlichen Summepiskopates mit dem Landesfürstentum. Aber diese Verderbnisse waren doch nur möglich auf Grund der damals starken Verderbnisse in Kirche und Volksleben. Im 18. Jahrhundert scheint das Volk wirklich ohne Verantwortung und schuldlos neben dem absoluten Königtum eines Ludwig XIV. mit seiner Betonung: „Der Staat, das bin ich!" Und doch protestiert der Geschichtsschreiber der französischen Revolution Carlyle dagegen, für diese Revolution lediglich den Hof von Versailles und seine Sünden verantwortlich zu machen: den pharisäischen Anklägern von König und Königin gegenüber wird betont: Nein, nicht der König und die Königin nur, alle sind schuld, alle, angefangen vom souveränen Fürsten bis zum Schuhputzer am Pont neuf; alle, angefangen von Karls des Großen Tagen bis auf unsere Zeit: alle, die irgendeinmal und irgendwie nicht ihre Pflicht erfüllt haben. Diese Pflichtversäumnisse häuften sich zu einer großen Schuldmasse, bis diese Schuldmasse eines Tages naturnotwendig zur Explosion drängte.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Engländer über die Faschisten-Barbarei in Süd-Tirol

„Foreign Affairs", die von E. D. Morel gegründete englische Wochenschrift, beschäftigt sich ausführlich mit dem Faschistenterror in Südtirol. Unter anderem wird in einem kürzlich veröffentlichten Artikel geschrieben:

„Über Südtirol schreiben, das heißt eine der schmerzhaftesten Wunden untersuchen, die der letzte Krieg oder der letzte „Friede" Europa zugefügt hat. Wer Südtirol, sein Volk und seine Geschichte kennt, kann das Unglück richtig verstehen, das diesem von Österreich verlorenen Paradiese zugestoßen ist. All die Schönheiten der Schweiz reichen nicht an die alpine Majestät der Tiroler Dolomiten, die einen ganz eigenen Reiz haben. Wenige Völker sind so stolz auf ihre Geschichte und ihre Helden wie die Tiroler. Südtirol war die Heimat des ersten und berühmtesten Minnesängers, Walter von der Vogelweide, dessen Denkmal in Bozen die Italiener entfernen wollen; es war die Heimat von Andreas Hofer, der sein Land so tapfer gegen die eindringenden Heere Napoleons verteidigte und später von den Franzosen erschossen wurde; und es war die Heimat von vielen tausend namenlosen Soldaten, die jahrelang kämpften u. ihre Leben ließen in den Tälern und auf den schneebedeckten Gipfeln der Alpen, ihre Heimat gegen den "Erbfeind„ verteidigend.

Nord und Südtirol wurden zuerst im sechsten Jahrhundert von dem germanischen Stamm der Bajuwaren bevölkert, die, von Böhmen kommend, nach dem Zusammenbruch des römischen Reiches das Land zu bebauen anfingen und Dörfer und Städte gründeten. Von jener Zeit bis auf den heutigen Tag ist Südtirol deutsch gewesen, und obgleich es immer gute Handelsbeziehungen mit seinem südlichen Nachbar hatte, konnte kein fremdes Element den deutschen Charakter des Landes zwischen Brenner und Salurn je ändern: in der Tat haben seine 230,000 Einwohner 1400 Jahre lang rassenmäßig und kulturell eine unteilbare Einheit mit dem übrigen Tirol gebildet.

Der Vertrag von London (1915), durch den Südtirol Italien versprochen wurde als Vergütung für den Bruch des mit Deutschland und Österreich geschlossenen Dreibundes, und der Vertrag von St. Germain (1919), in dem Präsident Wilson selbst die Verletzung des Punktes 9 seines berüchtigen Programms billigte, sind die beiden formalen Unterlagen für die Übergabe Südtirols an Italien. Das wahre Motiv jedoch war Italiens Verlangen nach der Vorherrschaft in Zentral-Europa: seine „imperialistischen Lungen," wie die Italiener selbst es nennen. Nicht nur maßgebende Fremde (wie Lord Bryce im Oberhaus 1920), sondern auch italienische militärische Sachverständige haben zugeben müssen, im Gegensatz zu der italienischen Delegation auf der Friedenskonferenz, daß der Brenner-Paß nicht als gute strategische Grenze angesehen werden kann, da er von zwei Seiten offen (Pusertal und Pintschgau), und daß die Salurner Klause (die völkische Grenze), eine weit bessere Verteidigungslinie gewesen sein würde.

Als Italien Südtirol annektierte, verfolgte es zuerst eine Politik der Nichteinmischung, und während dieser Zeit erfreute sich die früher österreichische Provinz praktisch der Selbstständigkeit. General Pecori, der erste Gouverneur des Landes, erklärte damals: „Italien, wo vollkommene Gedanken- und Redefreiheit regiert, ist gewillt seinen neuen Mitbürgern die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Schulen, ihrer eigenen Einrichtungen und ihrer eigenen Organisationen zu verbürgen." Ähnliche Reden wurden in Rom gehalten, wo Tittoni im Parlament erklärte (27. September 1919): „Italien hat die große moralische Pflicht, Sprache, Religion, Kultur, Schulen und alles andere zuerst Nötige der nationalen Minderheiten zu achten und zu würdigen." Der König selbst versprach in seiner Eröffnungsrede der italienischen Kammer (3. Dezember 1919), die örtliche Autonomie zu achten und aufrecht zu erhalten.

Alle diese Versprechen sind gebrochen worden. 1922 und 1923 begannen die Versuche der Faschisten, sich in Südtirol einzumischen, aber damals war die Macht des Faschismus noch nicht voll entfaltet. Die Situation wurde erst unerträglich, als die örtlichen faschistischen Organisationen mit dem Terror anfingen, indem sie alle Mittel ausnutzten, die möglicherweise ihren Zweck erfüllen könnten, nämlich den Tiroler Charakter des Landes vollkommen auszumerzen. Die gegenwärtige Lage ist verzweifelt. Je mehr Widerstand den italienischen Behörden, die die lokalen Tiroler Bürgermeister verdrängten, geleistet wurde, desto mehr Gewalt und grausame Unterdrückung wandte man an. Kein Wort ist scharf genug, um die schrecklichen Zustände, die heute in Südtirol herrschen, zu beschreiben, und das Problem wird dadurch verschärft, daß Italien keinen Minderheitsvertrag unterzeichnet hat. Deshalb ist der Völkerbund nicht zum Einschreiten berechtigt, obgleich einige seiner Mitglieder die Frage unter Artikel 19 des Statuts angeschnitten haben. Die Südtiroler haben die schwache Hoffnung, daß Deutschland, wenn es einmal Mitglied des Völkerbundrates ist, die Frage in Genf aufwerfen wird. Heute ist das Land in der Gewalt einiger Über-Faschisten, die die politische Müdigkeit der Welt ausnutzen und mit unerhörter Grausameit regieren. „Wir müssen die letzten Tiroler zerschmettern, um südlich des Brenners für 200,000 Italiener Platz zu machen," schreiben die italienischen Blätter. . .

Das Südtiroler Volk sieht natürlich pessimistisch in die Zukunft. Es vermutet, daß ein Dazwischentreten einer fremden Regierung nicht wahrscheinlich ist. Die ganze Welt scheint sich nicht zu dem Gedanken aufschwingen zu können, daß die Freiheit der nationalen Kultur, wie die religiöse Freiheit, ein geistiges Besitztum der ganzen Welt ist und nicht verletzt werden darf. Obgleich man ihn mit argwöhnischen Augen ansieht, bleibt doch der Völkerbund die einzige Hoffnung der nationalen Minderheiten in Europa. Diese Organisation sollte und wird auch in angemessener Zeit befähigt werden, dies weltumfassende Problem zu lösen. Bis jetzt sind die Minderheiten vom Völkerbund vernachlässigt worden, wenn sie nicht der Rasse nach, zu einem der Siegerstaaten gehören, sondern ihre „Feinde" sind. Der bevorstehende Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird hoffentlich seine passive Haltung ändern. Doch ist es nötig, und die Minderheiten habe es auf ihren letzten Kongreß in Genf ausdrücklich betont, daß die Mehrheiten und die Minderheiten untereinander zu einem Vergleich kommen. Deshalb müssen die Mehrheiten aufhören, ihre nationalen Minderheiten als revolutionäre Elemente zu betrachten. Die Wünsche der Südtiroler, die keinen Gedanken an Revanche oder Revolution hegen, sondern durchaus gewillt wären, loyal mit ihren neuen Herren zusammenzuarbeiten, sind ehrlich. Terror und Bedrückung jedoch sind nicht die geeigneten Mittel, ein Volk von 230,000 Menschen anzugleichen."

Harry S. Hay

Augenspezialist von Saskatoon

Endworth — Dienstag nachmittags, den 21. April.
Wakaw — Mittwoch, nachmittags, d. 21. April.
St. Gregor. — Donnerstag, morgens, den 22. April.
Münster. — Donnerstag mittags, v. 11 bis 1 Uhr.
Humboldt — Donnerstag nachmittags in Foster's Juwellier Laden.
Carmel — Freitag, morgens, den 23. April.
Bruno. — Freitag, nachmittags, den 23. April.